

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Samstag

5

Januar

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Detteln (Otho Eilend), Marktstraße 9 und Elville (H. Fabig, Witwe), Ede-Guttenberg- und Lannestraße. Verantwortlich: J. P. Politz und J. P. Politz; Hauptredakteur: Dr. phil. Franz Gensel; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eilend-Oelrich; für Geschäftsliches und den Anzeigen-Teil: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden

Nr. 4 — 1918

36. Jahrgang

Worte und Taten

* Der Hauptauschuss des Deutschen Reichstages ist jetzt wieder zusammengetreten, um sich einmal über die Verhandlungen in Brest-Litowsk Bericht erstatten zu lassen, um zweitens der Regierung die notwendigen Vorschläge mit auf den Weg zu geben. Es traf sich äußerst ungünstig, daß der Zusammentritt der Abgeordneten zu einer Zeit erfolgte, da Herr von Kühlmann bereits wieder nach Brest-Litowsk abgereist war. Sein Vertreter gab darum Aufschluß über die bisherigen Verhandlungen, die hier war bemerkenswert, daß außer dem, was in der Presse bereits mitgeteilt worden war, nichts gesagt wurde. Auch die Äußerungen der Abgeordneten, wie sie sich die Zukunft denken, sind infolge der Abwesenheit Kühlmanns bedeutungslos geworden. In Berlin werden die Worte gemacht, in Brest-Litowsk vollziehen sich große Taten. Damals, als der Kampf um die Kriegsziele in ein erlittenes Stadium getreten war, ließ die Regierung erklären, daß im gegebenen Augenblicke das deutsche Volk seine Stimme erheben könnte. Aus diesem Vorbehalt ist nichts geworden, keine ganz naturgemäß nichts werden, weil bei solchen Verhandlungen nicht all lange Zeit und Parlament zu Rate zu ziehen hat. Wie man es, so würde man den Abschluß der Verhandlungen nur verzögern, vielleicht sogar völlig gefährden. Es muß uns genügen, daß wir über die Verhandlungen orientiert werden, weil auf russischen Wunsch hin die Delegation ein genaues Protokoll erhält. Und so hat die Verhandlung auf diese Weise abgeschlossen, so ist es nur ganz folgerichtig, wenn auf eine frühere Einberufung des Reichstages verzichtet wird. Friedensschlüsse sind immer durch die Regierung herbeigeführt worden, so wird es auch diesmal sein. Selbst die russischen Nachrichten handeln nicht anders.

Als die ersten Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk erfolgten, als insbesondere Graf Hertling sich auf den Standpunkt der russischen Friedensforderung stellte, ergab sich ein tiefes Gefühl der Beunruhigung unter den deutschen Völkern. Heute hat sich das Mißtrauen verzogen, von wenigen Ausnahmen abgesehen wird der Standpunkt der Mittelmächte gebilligt. Man geht von dem Grundgedanken aus, daß erst einmal nach einer Seite hin der Weg für den Frieden frei gemacht werden muß. Wenn man nun auch der Meinung sein kann, die heutigen Petersburger Nachrichten würden unter allen Umständen Frieden machen, so ganz sicher ist man dessen nicht, denn die Gegenströmungen in Russland sind noch immer sehr stark. Aber selbst dann, wenn man weiß, was wir heute hoffen dürfen, nicht in Erfüllung gehen, ein großes Kriegsspiel mit dem russischen Frieden erweist. Wir begehen die Sünde der Deutschen für alle Zukunft. Diese Sünde wird aber durch die Übermacht der Entente, die die ganze Welt gegen uns zusammenbringt. Wenn Russland sich für immer von Frankreich und England losläßt, — und dahin scheint es zu kommen — dann sind die Mittelmächte für alle Zukunft von größeren Gefahren frei. Das Judentum wäre für uns eine ständige Bedrohung gewesen. Fast 200 Millionen Menschen waren in dem einen Staatswesen vereinigt. Ähnlich wurden über die Welt nach Südosten und nach Westen gerichtet. Es ist Tatsache, daß der Krieg gegen Deutschland im August 1914 die begehrteste Zustimmung der breiten Volksmassen fand. Nun ist sich Russland in seine einzelnen Bestandteile auf. Die jetzige Regierung läßt allen Völkern die Selbstständigkeit. In der Ukraine hat sich bereits eine eigene Gestalt gebildet. Rumänien trennt sich aus der unnatürlichen Verbindung; Polen, Litauen und Litauen werden folgen. Wenn aber das russische Reich in viele Staaten aufgelöst ist, dann wird es niemals mehr die Kraft aufbringen, um der Eroberung willen einen Krieg gegen die Mittelmächte einzuleiten. Die Entente dieses Krieges ist ein ganz bedeutender Erfolg der deutschen Waffen.

Mit erstaunlicher Schnelligkeit sind die Verhandlungen eingeleitet und durchgeführt worden. Die Verhältnisse haben sich jetzt so entwickelt, daß kein Parlament in der Lage wäre, neue verbindende Entscheidungen zu treffen. Würde der Reichstag heute zusammengetreten, dann könnten sich nur zu leicht unliebsame Vorfälle ereignen, die uns großen Schaden brächten. Haben wir doch schon in diesen Tagen das beschämende Beispiel erlebt, daß einzelne Blätter der Linken sich russischer Auffassung als die russische Regierung selbst. Mit angestrengtem Blick schauen England und Frankreich nach Deutschland hinüber. Sie benutzen den geringfügigsten Anlaß, um Verurteilung anzukündigen. Die britische Diplomatie insbesondere möchte unter allen Umständen die Verhandlungen verhindern, oder zum mindesten verzögern. Befriedung und Lage sind für sie unentbehrliche Mittel. Das Beispiel der Ukraine muß uns zur Besinnung mahnen. Eine ganze Woche haben die feindlichen Propagandagenturen die Welt mit Meldungen überschwemmt, wonach die Ukraine gegen Russland und gegen die Mittelmächte marschierte, wonach die ganze Bevölkerung die Verhandlungen auf das Schärfste mißbilligte und einen Sonderfrieden ablehnte. Jetzt wissen wir, daß alle jene Meldungen erlogen waren, daß die Ukraine mit den Nationalisten eines Ganges ist und den demokratischen Frieden herbeiführen will. Auch für die Zukunft werden wir uns nach auf wasches gesagt machen müssen. Die weltlichen Feinde können sich nicht verhehlen, daß mit dem Abfall Russlands das

Schicksal der Entente besiegelt ist. Ihre bisherige Politik aber macht es ihnen unmöglich, sich den Verhandlungen anzuschließen. So suchen sie denn von neuem Antrieben zu stiften. Inwiefern der Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk auf das Konto der Entente zu setzen ist, muß man abwarten. Insofern sollte es Wunder nehmen, wenn Trotski sich täuschen und durch Frankreich und England auf das Glatteis führen ließe. Bemerkenswert ist ja immerhin, daß die Kritik für die Antwort verweigert worden ist. Aber die Nachrichten in Petersburg werden einleuchten müssen, daß mit Worten nicht vorwärts zu kommen ist, sondern nur mit Taten.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 4. Januar (W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Daß an der ganzen Front kein es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artilleorien. Klare Frontverhältnisse liegen. Bei englischen Vorkühen, die östlich von Ypern und südlich vom La Bassée Kanal weitergehen, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südlich von Roubaix und in der Champagne wurden Gefangene und einige Wundverwundete eingebracht.

* Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Westen auf und durch Abbruch von der Erde dreizehnhundert Flugzeuge und zwei Geschütze. Der Verlust an Personal beträgt 20.000 Mann.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues. In der mazedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Abendbericht

Berlin, 4. Jan. (W. T. B. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wozu der Lärm?

Von Abraham Santa Clara.

Immanuel Kant sagt in seiner kleinen Schrift „Von der Macht des Gemüts“: „Kleinste Befähigung, die in Ansehung derer das Gemüt das Vermögen besitzt, das Bewußtsein derselben durch den bloßen handhaften Willen des Menschen Meister werden zu können, sind alle von der natürlichen Kraft der Vernunft. Man kann aber nicht umgehen, daß alle von dieser Art durch den bloßen Willen der Vernunft und gehoben werden können.“ Ich weiß nicht, ob Herr Orlando, Italiens gegenwärtiger Ministerpräsident den festen Voratz gehabt hat, seiner politischen Laufbahn zu werden, dann vielleicht weiß er selbst gar nicht, daß er an solchen Zufällen leidet; er hat noch nicht den richtigen Instinkt gefast, der die Diagnose seiner unheilbaren Krankheit gefunden hat. Man sieht oft in Zeitungen von Kurpfuschern, die sich anbieten, eine Heilmethode zu empfehlen, ohne daß sie den Patienten gesehen haben, nur auf dreierlei Weise. Ich vermute mich entschieden, wasgen, ein Kurpfuscher zu sein, aber für jeden einigermaßen erfahrenen politischen Diagnostiker ist es nicht schwer, ein richtiges Krankheitsbild von dem Gemütszustand des Herrn Orlando aus, ohne ihn gesehen zu haben, zu entwerfen.

Als er zur Macht gelangte, ging ihm der Kopf voraus, ein bedachtener Mann zu sein und man hoffte, er werde nicht in die Fehler seiner Vorgänger verfallen, sondern in richtiger Erkenntnis der Lage seines Vaterlandes im Entente-lager dahin wirken, daß baldmöglichst die Waffen ruhen sollen. Vielleicht war es nicht ganz klug von der deutschen Presse gehandelt, in ihren verschiedenen Artikeln über Herrn Orlando dies durchschimmern zu lassen. Man hätte sich fragen sollen, daß ein solcher indirekter Umfassungsbrief, daß der Mann vernünftig sei, ihm dem Gegenüber verdächtig macht. Es kommt hinzu, daß alle berechtigten Erwartungen auf sehr wagen Vermutungen beruhen, die von einigen Korrespondenten, die ehemals in Rom waren, ausgesprochen wurden. Tatsächlich hatte Herr Orlando gar nicht getan, was ihn in den „Verdacht“ bringen konnte, bessere Einsicht zu haben als die anderen italienischen Politiker. Vielleicht wollte er sich aber doch wohl freuen, als er vor wenigen Tagen die Rednertribüne der italienischen Kammer betrat, um das Wort zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu ergreifen. Niemand von uns konnte erwarten, daß heute schon ein italienischer Ministerpräsident auf der Friedensschleife blühen würde. Mars regiert leider noch immer die Stunde und daher ist Vorsicht geboten. Aber daß Herr Orlando jetzt auf der Tribüne einer seiner politischen Kräfte bekommen müßte und nicht die Macht des Gemüts und des Willens, dieses Zustand Herr zu werden, muß und doch einigermassen erstaunen. Der Gehirnkampf, dem er verfiel, wäre sich in einem mächtigen Jähwandel gegen die Zentralmächte aus. In blindwütender Raserei ließ Herr Orlando das Wort von „der schamlosen Decelei“ Deutschlands und Österreichs aus, die sie in Brest-Litowsk betrogen.

Etwas anderes ist ein Staatsmann, etwas anderes ein noch so schlechter Poet. Hätte Herr Rapagnetta, genannt Gabriele d'Annunzio, also gesprochen, niemand würde sich gewundert haben. Dem Anführer über Triest er behauptet wenigstens,

dort gewesen zu sein) ist alles auszufragen. Aber ein Ministerpräsident müßte sich immerhin noch fragen: Worte haben einen Sinn. Die Zentralmächte haben den redlichen Willen bezeugt, den ganz Russland anerkennt, nicht nur zum Sekretariat, sondern zum allgemeinen Frieden zu gelangen. Sie haben den Russen Konzessionen gemacht, auf die sie gewiß nicht gefaßt waren. Und in dem Augenblick, in dem sie das taten, kommt ein solch dergelassener Orlando und sagt es, von „schamloser Decelei“ zu sprechen. Der alte Velling sagt einmal: „Errede wenigstens Lüge, daß nichts dich mehr erötten macht.“ Das gute und so bezeichnende Wort für gewisse Diplomaten würde ich in eblichem Jörn, der nicht auf einem gelingenden Krampfzustand beruht, sondern der das Resultat bedachtlosen Denkens

ist, dem leitenden Staatsmann Italiens. Er sollte darüber erwägen, daß er nicht erwägen kann, wenn er sich erinnert, welche schamlose Decelei der Staat, dem er heute vorsteht, von Kriegsbeginn bis in den Mai 1915 auszuüben für gut fand. Eine Diplomatie, die so dumm und klug vergessend wie die italienische gehandelt hat, macht sich nicht nur bei uns, nicht nur bei den Neutralen, nein selbst bei ihren Freunden von heute lächerlich und verächtlich, falls sie uns solche Worte machen will. Auf Herrn Orlando, dessen Staatsbedürfnis ich hier stelle, kann man als einzigen milderen Grund den anführen, den Goethe im welt-ethischen Duan einmal also beschreibt:

„Er verliert nicht, was er sagt: Was er sagt, wird er nicht halten.“

Stöckung in den Verhandlungen

Neue russische Forderungen

Die Beratungen des Hauptauschusses

Berlin, 4. Jan. (W. T. B.) Der Hauptauschuss des Reichstages trat heute vormittags 10 Uhr zu einer neuen Beratung zusammen. Als erster Redner sprach Abgeordneter Graf Bismarck über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Im Anschluß an seine Ausführungen ergab sich Reichsminister Dr. Graf v. Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen: Der Herr Reichsminister hatte die Güte, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen Rede einleitend Worte sagte, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint eingetreten zu sein. Schon früher hatte ich wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte etwa in Stockholm fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt die Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorsehen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß die Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die Schwierigkeiten anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegationen mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen, — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt worden sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Wissenschaften der Entente, Ministern zu den zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns dort neuen Vorden gewonnen würden. Ich habe daher den Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.) Inzwischen sind in Brest-Litowsk die Vertreter der Ukraine eingetroffen und zwar nicht nur als Beobachtende, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln. Ich sage noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Übernahme von Selbstbestimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesem Punkte 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoquenter Weise unserer Forderung betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stehen uns auf unsere Redebereitschaft, auf unsere logische Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Beifalliges Bravo.)

Der Ausschuss verlegte sich nach diesen Erklärungen, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich über die Situation zu beraten.

Brest-Litowsk, 4. Jan. (W. T. B.) Der Bericht der russischen Delegation hat am 3. d. Mts. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Verbündeten in Brest-Litowsk eine Depesche geschickt, in der er unter Berufung auf den Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen in neutralen Aus-

land fortzusetzen. In Erwiderung darauf haben die Delegierten der Verbündeten an Herrn Joffe am 4. d. Mts. telegraphiert, daß sie sich der Verlegung der Verhandlungen ablehnen, da während der Verhandlungen die Verbündeten am 5. Januar in Brest-Litowsk wieder aufnehmen.

* Der Reichsminister Graf Hertling hat im Hauptauschuss eine Erklärung abgegeben, die in ihren Kern darauf hinausläuft, daß die russischen Friedensdelegationen nach Ablauf der zehn Tage, die sie in Brest-Litowsk eingeleitet haben, daß aber von der Petersburger Zentralregierung Forderungen aufgestellt worden sind, die unserer Reichsregierung als unannehmbar erscheinen. Graf Hertling sprach von einem „Zwischenfall“ und sagte ferner, daß wir getrost abwarten könnten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen werde, denn wir hätten uns schon auf unsere Machtstellung, auf unsere lokale Gesinnung und auf unser gutes Recht.

Frieden schließen ist immer schneller und langwieriger gewesen als der Eintritt in den Krieg. Niemand hat erwartet, unter den Bedingungen in Brest-Litowsk loszulegen in einem Zuge zu endgültigen Abmachungen überzugehen. Die Probleme, die dieser Weltkrieg auswerfen hat, sind zu kompliziert und die Kraft, die das dreieinhalbjährige Ringen zwischen den Völkern geschaffen hat, ist so weit, daß man bei dem Beginn jeder Friedensverhandlung mit Krisen rechnen muß. Der erste Schritt in Brest-Litowsk war zweifellos verheißungsvoll. Es wurde über die rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen eine fast völlige Übereinkunft erzielt, und es wurde auch in den territorialen Fragen eine Verhandlungsbasis gefunden, die einen Weg zur Verständigung zeigte. Während der Pause, die den Friedensunterhandlungen Gelegenheit geben sollte, hat mit ihren Zentralregierungen zu beraten, sind nun ansehnend bei der Regierung Petersburger Einsprüche an. Was ansehnend, die dem von der Regierung den ins und Trotski gewünschte rasche Abschluß des Friedens nicht förderlich waren. Die deutsche Antwort die der Reichsminister Graf Hertling auf die russischen Forderungen während der Beratung des Hauptauschusses gab, wird die Petersburger Regierung vor eine neue wichtige Entscheidung stellen, die wir mit Ruhe abwarten können. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind hervorgegangen aus dem Friedensbedürfnis der russischen Völker. Die Regierung an der Aufnahme der Verhandlungen ging von russischer Seite aus, und die russische Regierung wird leicht zu prüfen haben, ob sie es vor ihrem Lande und ihren friedensbedürftigen Völkern verantworten kann, wenn die von ihr angeregten Verhandlungen definitiv zum Scheitern kommen sollten.

Reben der Frage der Verlegung der Konferenz von Brest-Litowsk nach Stockholm, hat die Durchsicht des Grundrisses des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Ursache des Zwischenfalls gebildet. In diesem Punkte bestanden, als die Verhandlungen in Brest-Litowsk verlegt wurden, Differenzen, namentlich darüber, ob die bereits vorliegenden Rufen in Litauen, Ostpolen, Polen usw., als der Ausdruck des Volkswillens anzuerkennen seien oder nicht. Die Differenzen waren aber absehend doch nicht so groß, als daß sich nicht ein Ausgleich hätte finden lassen können. Die deutschen Friedensunterhändler haben ihre Verantwortlichkeit auch zu erkennen gegeben, denn es sollte eine besondere Kommission eingesetzt werden, um „Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Selbstbestimmung der schon vorliegenden Vorkriegsverfassungen durch ein Selbstbestimmungsrecht festzustellen. Die Parteien des Reichstages haben diese Auffassung der deutschen Unterhändler geteilt und zu erkennen gegeben, daß sie einer Befriedigung des Volkswillens auf breiter Basis nicht abgeneigt seien. Es war also die Möglichkeit durchaus gegeben, zu einem Frieden zu gelangen, der den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands und seiner Verbündeten entsprach, aber auch der Existenzbedürftigkeit des neuen unabhängigen Russlands in gleichem Maße Rechnung getragen hätte. Während die Russen sich selbst Arbeit darüber verschaffen müssen, ob sie die einseitig unterbrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen oder ein definitives Scheitern herbeiführen wollen, werden die Delegierten der Mittelmächte mit der in Brest-Litowsk eingetragenen Abordnung der Ukraine die Verhandlungen beenden.

Telephone 2370

